



**Ortsgemeinde
Friesenhagen**

**Informationen
gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
im Rahmen der Datenverarbeitung zur Förderung der Breitbandversorgung der
Ortsgemeinde Friesenhagen**

Einführung:

Art. 13 DS-GVO behandelt die Informationspflicht bei der Erhebung von personenbezogenen Daten gegenüber der betroffenen Person. Diese Informationen sind unmittelbar zum Zeitpunkt der Datenerhebung der betroffenen Person mitzuteilen.

Mit diesem Datenschutzhinweis informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

- Ortsgemeinde Friesenhagen – der Ortsbürgermeister
- Rathausweg 2
- 51598 Friesenhagen
- Telefon: +49 2734 1464
- E-Mail: buergermeister@friesenhagen.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

- Verbandsgemeindeverwaltung Kirchen (Sieg)
- Behördliche Datenschutzbeauftragte: Sarah Strunk-Werthebach
- Rathaus, Lindenstraße 1
- 57548 Kirchen (Sieg)
- Telefon: +49 2741 688 345
- E-Mail: s.strunk-werthebach@kirchen-sieg.de

**3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten
(Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)**

Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten ist notwendig, um über Ihren Antrag auf Förderung der Kosten für die angewendete Technik zur Breitbandversorgung im Rahmen der Förderrichtlinie Breitbandversorgung der Ortsgemeinde Friesenhagen vom 22.05.2025 entscheiden und die Einhaltung überprüfen zu können. Die Datenverarbeitung ist nach Art. 6 Abs. 1 lit.a DS-GVO zu dem genannten Zweck für die Bearbeitung des Förderantrags erforderlich.

Wenn Sie die Förderung gemäß der o.a. Richtlinie beantragen, erheben wir folgende Daten von Ihnen: Anrede, Vorname, Nachname der antragstellenden Person, eine gültige E-Mail-Adresse, Anschrift, Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk), Angaben zu dem Gebäude wo die Technik eingesetzt werden soll, Bankverbindung.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Alle personenbezogenen Daten, welche im Rahmen der Antragstellung verarbeitet werden, werden von uns nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zugelassen ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. In erster Linie werden Ihre personenbezogenen Daten durch Sie selbst mitgeteilt und erhoben in Form des elektronischen Antragsformulars. Eine Erhebung bei Dritten erfolgt nur, wenn und soweit dies gesetzlich zulässig und zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben erforderlich ist.

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation nicht übermittelt.

5. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Personenbezogene Daten werden so lange gespeichert, wie sie für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Die Verarbeitung erfolgt dabei unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

6. Betroffenenrechte

Die DS-GVO gewährt Ihnen verschiedene Rechte, die im Nachfolgenden kurz aufgeführt sind. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte den Artikeln 15 bis 18 und 20, 21 DS-GVO.

a) Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

c) Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

f) Da die Datenverarbeitung auf Grundlage Ihrer Einwilligung (s.o.) erfolgt, ist ein jederzeitiger Widerruf der Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft möglich.

7. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Aufsichtsbehörde für die datenverarbeitende Behörden ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz.

Nachfolgend die entsprechenden Kontaktdaten:

- Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
- Hinter Bleiche 34, 55116 Mainz
- Postfach 30 40, 55020 Mainz
- Telefon: +49 6131 8920 -0
- Telefax: +49 6131 8920 – 299
- E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de